

Samstag, 24. Februar 2018, Geretsrieder Merkur / Lokalteil

„Den Nerv der Bürger getroffen“

Freie Wähler erfahren beim Kampf gegen die Straßenausbausatzung viel Zuspruch

VON PETER HERRMANN



Ruft zum Protest gegen die Straßenausbausatzung auf: Landtagsabgeordneter Florian Streibl beim Stammtisch des Ortsverbands der Freien Wähler. Foto: Hans Lippert

Geretsried – Mit ihren Unterschriften können Bürger seit geraumer Zeit gegen die Straßenausbausatzung (Strabs) protestieren. An diesem Samstag ruft der Ortsverband der Freien Wähler nochmals dazu auf: Mit einem Info-stand an der Egerlandstraße (neben dem Isar-Kaufhaus und Emberger Optik) von 10 bis 14 Uhr. Warum dies nötig ist, erklärte Landtagsabgeordneter Florian Streibl 20 Zuhörern am Donnerstagabend beim FW-Stammtisch in den Ratsstuben.

Der gelernte Jurist erläuterte die Rechtsgrundlage. Demnach sieht das Bayerische Kommunalabgabengesetz vor, dass Gemeinden und Landkreise von den anliegenden Grundstückseigentümern einen Kostenbeitrag verlangen sollen, um die bestehenden Straßen in Stand zu halten und entsprechend zu erneuern. „Das betrifft leider auch viele ältere Bürger, die ihr Leben lang ein Eigenheim abbezahlt haben und dann mit fünfstelligen Beträgen vom Staat zur Kasse gebeten werden“, erklärte Streibl seinen Zuhörern. Da ihnen nicht immer Kredite in dieser Höhe gewährt würden, drohe manchmal sogar der Verlust des Wohnsitzes.

Dabei hätte Bayern angesichts eines 60-Milliarden-Staatshaushalts nach Ansicht der Freien Wähler genug Geld, um für diese Kosten aufzukommen. „Lediglich 60 Millionen Euro Gebühren werden aktuell jährlich über Straßenausbaubeiträge von den Bürgern eingezogen“, rechnete der 54-Jährige vor. So könnte ohne Probleme ein Fördertopf, der sich unter anderem aus der Kfz-Steuer speist, für den Straßenausbau bereitgestellt werden.

Die Freien Wähler haben deshalb ein Volksbegehren initiiert, um die Strabs abzuschaffen. „Die dafür erforderlichen 25 000 Stimmen hatten wir schon nach einer Woche beisammen“, berichtete Streibl. Dass ein Volksentscheid folgt, ist wahrscheinlich. Dennoch sei es wichtig, bis Mitte März noch weitere Unterschriften zu sammeln, um den politischen Druck zu erhöhen.

Die CSU hat zwar bereits signalisiert, sich für eine Abschaffung der Satzung einzusetzen. „Das könnte aber auch mit dem Wahlkampf zu tun haben“, mutmaßte FW-Stadtrat Robert Lug. Eine Königsdorfer Besucherin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, machte ihrem Ärger am Donnerstag deutlich Luft: „Es wäre ein Skandal, wenn ein Staat wie Bayern seine Straßen nur mit der Strabs herrichten kann“, sagte sie. Freie-Wähler-Ortsvorsitzende Vera Kraus zog nach der Info-Veranstaltung ein zufriedenes Fazit: „Da haben wir offensichtlich den Nerv der Bürger getroffen“, war sich die Stadträtin sicher.